Dresden 1881.

Erscheint täglich früh 7 Uhr in der Expedition: Marienstraße 13. Abonnementspreis vierteljährlich 2 Mark 50 Pfge., durch die Post 2 Mark 75 Pfge. Pränum. 50 Pfge. Auflage 37000 Exempl.

Für die Rückgabe eingesandter Manuskripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annoncen für uns nehmen an: Die Annoncen-Bureaux v. Haasenstein & Vogler; — Rudolf Mosse; — Daube & Comp.; — Invalidendank; — G. Müller in Leipzig; — Rob. Rich in Magdeburg; — J. Barck & Co. in Halle; — Steiner in Hamburg.

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr. Börsenbericht, Fremdenliste.

26. Jahrgang.

Inserate werden Marienstraße 13 bis Nachm. 3 Uhr angenommen, Sonntags bis Mittags 12 Uhr. Im Verlaufe nur an Abonnenten: gr. Meißnergasse Nr. 4 bis Nachm. 3 Uhr. — Die einspaltige Petitzeile kostet 15 Pfge. Eingesandt 30 Pfge.

Eine Garantie für das nächsttägige Erscheinen der Inserate wird nicht gegeben.

Auswärtige Annoncen-Aufträge bequemen wir uns unseren geehrten Lesern nur gegen Pränumerando-Zahlung durch Briefmarken oder Vorausbezahlung. Alle Zeilen kosten 15 Pfg. Inserate für die Montags-Nummer oder nach einem Festtage die Petitzeile 20 Pf.

Tapisserie-Weihnachts-Ausverkauf
zu bekannt billigsten Preisen.
Hartmann & Saam,
Schlossstrasse 17, gegenüber dem kgl. Schloss.

Carl Höpfner.
Landhausstrasse Nr. 4 und 5,
empfiehlt seine
Weinhandlung
mit altdeutschen Weinstuben
angelegentlichst.
Frische Austern. Grosses Weinlager.

Meissen F. Louis Beilich Meissen
Fabrikation und Lager
wollener Strumpfwaaren u. Strickgarne
gegründet 1848.
Billige Preise. Grossartige Auswahl. Solide Waare.
Wiederverkäufern bestens zu empfehlen.

Nachttelegramm. Wien. Der österr.-ungar. Gesandte in Rumänien, Graf Zichy, ist angewiesen, in Folge der jüngsten rumänischen Thronrede, bis zur Rückkehr Kalnokys in Petersburg sich jedes persönlichen Verkehrs mit der rumänischen Regierung zu enthalten und die laufenden Geschäfte schriftlich zu erledigen.

Nr. 338. Witterung vom 3. December. Barometer nach Oster Niveau, Meter, 15 (Abs. 61 L.) 772 Mill., seit gestern 4 Mill. gestiegen. Thermometerstand, R. Reaum.: Temper. 5° R., niedr. Temp. 3° R., höchste Temp. 9° R. Thau-Pt. Nebel. Aussichten für den 4. December: Meist trübe, neblig, Temperatur dieselbe, etwas Regen. **Sonntag, 4. Decbr.**

Verantwortlicher Redacteur für **Politisches** Dr. Emil Dieroch in Dresden.

Ein freies Wort ziert den Mann. Unabhängige Gesinnung ist der höchste Schmuck eines jeden Abgeordneten. Aber zwischen freimüthigen Urtheilen und platten Ungezogenheiten ist doch noch ein Unterschied. Hieran zu mahnen, giebt die Szene Anlaß, die sich im Reichstage am Schlusse der Auswanderungsdebatte zwischen den Abgg. Eugen Richter und Minnigerode abspielte. „Bei der Fortdauer der jetzigen Zollpolitik reißt auch dem gutmüthigsten Deutschen die Geduld" — mit diesem Knalleffekt schloß Richter eine seiner schon so oft gehörten Reden. „Ja wohl", antwortet v. Minnigerode, „auch meine Geduld ist bei den Richter'schen Reden gerissen." Das war nicht gerade sehr freundlich, aber eine Beleidigung liegt darin nicht. „Dann machen Sie, daß Sie hinauskommen", war dem Sinne nach die grobe Antwort Richters. Das geht entschieden zu weit. Das ist eine Anmaßung. Damit proklamirt man den Terrorismus. Auf den Appell Minnigerode's an das Anstandsgefühl Richter's, diese Aeußerung zurückzunehmen, antwortete Letzterer ausweichend. Eine parlamentarische Debatte kann nicht immer wie ein regulirter Fluß verlaufen, dann und wann wird und soll das Wasser überschäumen und wenn der Präsident bei jedem munteren Anlauf, zu welchem Ueberzeugung, Eifer und Temperament einen Redner hinreißen, ängstlich nach der Glocke greift, dann entbehrt schließlich die Verhandlung eines Parlaments ihren Hauptreiz: Frische und Ursprünglichkeit. Am allerwenigsten sollte ein solcher Parlaments-Landsknecht, wie Eugen Richter, der den eisenbeschlagenen Morgenstern häufiger führt, als den eleganten Saloudegen, so zimperlich thun, wenn einmal ein Gegner einen gutsitzenden Hieb führt. Statt dessen spielt er den Gekränkten und geht in seinem empfindlichen Hoheitsdünkel so weit, einem Gegner das Haus zu verweisen. Das ist so der echte Fortschritts-Liberalismus. Alle Freiheit für sich, keine für den anderen! Hinaus mit Jedem aus der Volksvertretung, der dem großen Dalai-Lama der Fortschrittspartei zu widersprechen wagt! Der Vorgang ist lehrreich.

Ueber die Auswanderung und die Gründe ihrer Steigerung wurde im Reichstag Vieles, aber nicht gerade Neues gesprochen. Eines wesentlichen Grundes hat man nicht gedacht: es ist der dem Deutschen angeborene Wandertrieb, die Unternehmungslust, die in der Ferne das Glück zu finden hofft, das daheim nicht blühen will. Es ist derselbe mächtige Drang, der im 3., 4. und 5. Jahrhunderte unsere Vorfahren stammweise von ihren Sitzen trieb und den die Geschichtsbücher als eine „Völkerwanderung" d. h. als eine Weltumwälzung verzeichnen. Dieses Naturtriebs soll man nicht vergessen, so wahr es ist, daß Steuerdruck, Militärpflicht, Sozialistengesetz, mangelnde Arbeits- und Erwerbsgelegenheit, Ueberfüllung aller Berufe mit überzähligen Concurrenzkräften u. dgl., Tausende unserer Brüder übers Meer treiben. Worauf es einzig ankommen kann, ist, daß wir die überschüssigen Volkskräfte nicht dem Vaterlande verloren gehen lassen, sondern als deutsche Kolonien in lebendiger Verbindung mit dem Mutterlande erhalten. Die Ankündigung einer zielbewußten Kolonialpolitik haben wir leider vergebens in der sonst so trefflichen Kaiserbotschaft vermißt.

Daneben und bis zur Beschaffung und Einrichtung lebensfähiger Kolonien bleibt freilich die oberste Pflicht der Reichsregierung, den Bürgern daheim das Vaterland so werth zu machen, daß sie ihm nicht gern den Rücken kehren. Mit anderen Worten: gesicherten Erwerb, stetige Arbeitsgelegenheit und erhöhten Verdienst zu bieten. Auf diesem Boden bewegt sich die Schutzzoll- und die soziale Reformpolitik. Eugen Richter, der gegen sie wettert, hat ganz vergessen, daß eine Umkehr nach der wilden Gründerperiode, nach dem folgenden Krach, nach dem Ruin des Handwerks, nach der Wucherfreiheit, eine Naturnothwendigkeit, die letzte Hilfe in der Noth war. Man erinnere sich doch daran, wie trostlos und traurig Ende 1877 die Dinge bei uns lagen, so daß alle Welt einstimmig ausrief: so kann es nicht weitergehen! Als dann freilich die Vulkane der Tiefe sich aufthaten und die Entfesselung der Leidenschaften der Umsturzpartei zu den Attentaten auf den Kaiser führte, da drückten sich freilich die Wortführer der Freihändler eine Zeit lang still an die Wand. Jetzt aber sind sie wieder obenauf und sie singen das Schmeichel-Lied von dem Segen des Freihandels-Systems. Allen Klagen des Volkes über mangelnden Erwerb wenden sie das Kunststück der Berufung an die Konsumenten an und verheißen ihnen billige Waare, als bestände das deutsche Volk nur aus konsumirenden Rentiers und nicht vielmehr aus Arbeitern, die, ehe sie Etwas konsumiren können, Etwas producirt haben müssen, um sich das Geld zur Konsumtion zu verdienen. Zehn Jahre lang haben jene Agenten der Engländer, jene Vertreter des internationalen Schacherthums, Nichts gethan, als durch immer neue Anträge alle gesetzlichen Verhältnisse umzugestalten: erst die wirthschaftlichen, die sozialen, dann die staatlichen und die bürgerlichen Rechts-, Verwaltungs- und Gerichts-Verhältnisse, so daß Niemand mehr wußte, was in Deutschland noch Rechtens ist — und jetzt, wo die Schäden dieser liberalen Gesetzes-Revolution verbessert werden sollen — jetzt wollen sie die warnende Stimme der Freunde wirthschaftlicher Reformen ersticken! Mittelst der Schutzzölle wurde dem Umsichgreifen der Schwindsucht unseres Nationalwohlstandes zuerst Einhalt gethan; die Industrie, die Arbeiter bekamen wieder eine Zeit lang Luft vor der erdrückenden ausländischen Concurrenz. Weiteres muß sich anschließen: Kräftigung des Kleingewerbes durch korporative Verbände, Sicherung des Arbeiters für die Folgen von Verunglückungen, kurz, Maßregeln gegen das rücksichtslose Treiben der kapitalistischen Produktion, die den arbeitenden Menschen nur als Waare behandelt. Die Fortschrittspartei denkt ein Uebriges zu thun, wenn sie die Verschärfung des Haftpflichtgesetzes beantragt. Nothwendiger ist die Reform der Hilfs- und Unterstützungskassen und der Erlaß eines alle Arbeiter umfassenden Unfallversicherungsgesetzes.

Die französische Kammer hat mit freigebiger Hand der Regierung Gambetta's alle Mittel bewilligt, um die Occupation von Tunis zu Ende zu führen. Gambetta trat energisch für die Fortdauer des gegenwärtigen Zustandes ein. Er enttäuschte damit aufs Empfindlichste die Italiener, die sich in dem phantastischen Glauben gewiegt hatten, die Franzosen würden nach der Wiederherstellung ihrer Waffenehre so gemüthlich sein, Tunis wieder zu verlassen. In Folge dieser Erkenntniß ist die Entrüstung der Italiener über die Perfidie der Franzosen im Wachsen begriffen. Man muß sich über diese kindische Kurzsichtigkeit eines sonst so klugen Volkes, wie die Italiener sind, schier verwundern. Die Ländergier hat ihnen aber alles politische Urtheil geraubt. Es ist wahr, daß in Frankreich die Expedition nach Tunis gar nicht populär war. Die nach Afrika entsendeten Truppen zogen dahin ohne alle Begeisterung. Es kam der noch nicht in Frankreich erlebte Fall vor, daß nicht ein einziger Offizier sich freiwillig zur Theilnahme an dem Feldzug meldete. Man hat an diese Wahrnehmung zu weit gehende Schlüsse geknüpft, hat daraus gefolgert, daß der kriegerische Geist in Frankreich im Erlöschen begriffen sei, daß der wachsende Wohlstand den Franzosen die Segnungen des Friedens doppelt begehrenswerth erscheinen lasse. Gewiß hat die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht auf die besitzenden Klassen wie eine Warnung vor Kriegsabenteuern gewirkt, da auch reiche Muttersöhne statt der blühenden Geschäfte und des Wohllebens, künftig die Strapazen, die Entbehrungen und das Elend zu schmecken bekommen. Aber nachdem einmal die Ehre der französischen Fahne in Tunis engagirt war, konnte nur kurzsichtige Habgier wähnen, daß die Franzosen den mit solchen Opfern an Geld, Blut und Ansehen erworbenen Besitz freiwillig räumen würden, damit die Italiener gemüthlich in das ihnen von den Franzosen gebaute Nest hineinspazieren und ihren kühnen Traum: wie die alten Römer Afrika von Rom aus zu beherrschen, verwirklichen könnten. Frankreich bleibt in Tunis, es hat dauernd eine Armee von 150,000 Mann dort zu unterhalten und ein so beträchtlicher Theil ihrer Wehrkraft ist für lange Zeit in Afrika festgelegt. Das ist ein Gewinn für Deutschland, mag Italien auch darüber knirschen.

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachr." vom 3. Decbr.

Berlin. Reichstag. Die Etatsberathung wird fortgesetzt. Beim Etat der Reichsjustizverwaltung spricht Abg. v. Ow-Freudenstadt die Erwartung aus, daß die Entschließung des Bundesraths, der Resolution des Reichstags wegen weiterer Herabsetzung der Gerichtskosten keine Folge zu leisten, lediglich besage, daß dem Reichstage in dieser Session keine diesbez. Vorlage gemacht werden soll. Staatssekretär Dr. v. Schelling bestätigt diese Auffassung. Mit der im vorigen Reichstage beschlossenen Gerichtskostennovelle müssen erst Erfahrungen abgewartet werden. Abgeordneter Hartmann: Ueber die Höhe der Gerichtskosten seien in Süddeutschland wie in Sachsen lebhafte Klagen vorgekommen, da diese Länder bei der reichsgesetzlichen Regelung am schlechtesten weggekommen wären. Besonders leiden Diejenigen, welche ihr Recht nicht verfolgen können, weil ihnen die Mittel dazu fehlen. Nicht die Armen und auch nicht die Reichen werden schwer davon betroffen, sondern Diejenigen, die in der Mitte stehen. Es beeinträchtigt dies die wichtigste Pflicht des Staates, den Schutz des Rechtes. Die Gerichtskostengesetzgebung unterstehe dem Reiche. Die Leute wenden sich aber an die Regierungen der Einzelstaaten und da müsse ihnen denn gesagt werden, ihre Klagen wären nicht unberechtigt, aber es sei dies Reichssache. Das Reich sei keine schwächliche Pflanze, sondern eine starke Eiche, aber es könne doch nicht gewünscht werden, daß das Reich zu Gunsten der Einzelstaaten unpopulär gemacht werde. Die Revision der Anwaltkosten sei sehr schwierig, man müsse, um dem Publikum zu geben, den Rechtsanwälten nehmen. Jedenfalls bitte er, die Revision der Gerichtskosten nicht von der Revision der Anwaltsgebühren abhängig zu machen. (Bravo!) Abg. Gerwig äußert sich im selben Sinne, indem er namentlich auf die Verhältnisse in Würtemberg und Baden hinweist. Abg. Schröder-Wittenberg bittet, die Revision der Gerichtskosten nicht auf die lange Bank zu schieben, da sich schon die politische Agitation dieser Sache bemächtigt habe. Abg. Bauer: Der Reichskanzler habe die Forderung für den Volkswirthschaftsrath wieder eingebracht, weil er von der Nothwendigkeit dieser Institution überzeugt sei. Dieses Beispiel solle uns veranlassen, die Forderung auf Herabsetzung der Gerichtskosten immer und immer wieder zu erheben, da wir von der Richtigkeit und Berechtigung derselben ebenso überzeugt sind wie der Reichskanzler von der Nothwendigkeit des Volkswirthschaftsrathes. Er fragt, warum die Reichsmilitär-Strafprozeßordnung noch nicht vorgelegt sei. Es verlaute, daß die verbündeten Regierungen noch nicht über den Widerstand Bayerns, das die Oeffentlichkeit im Militär-Strafprozeß aufrechterhalten wolle, hinweggekommen seien. Er wünsche, daß in diese dunkelste Partie unserer Rechtspflege das Licht der Oeffentlichkeit komme. Staatssekretär v. Schelling: In der kurzen Zeit, die seit Erlaß der Gerichtskostennovelle verflossen, sei die Feststellung einer durchgreifenderen Herabsetzung nicht möglich gewesen. Die Militär-Strafprozeßordnung liegt dem Bundesrathe noch nicht vor. Bundeskommissar Hauptmann Haberling theilt mit, daß der Entwurf der Mil.-Strafprozeßordnung zwar fertig, aber noch nicht über die Kommission hinausgekommen sei. Abg. Sonnemann fragt, wie es mit der Revision der Aktiengesetzgebung stehe. Er weist auf einzelne Symptome eines Wiederbeginns der Gründerperiode hin. Das Publikum habe nichts gelernt, Ausschreitungen kämen immer noch vor. Das Gesetz werde vielfach umgangen. Eine süddeutsche Spinnerei sei neulich für 800,000 M. verkauft und ein Actienunternehmen mit 3 Mill. Grundkapital daraus gemacht worden. Bei der Peiner Oelgründung sei einem früheren Besitzer ein Gewinn von 70 Procent gewährt worden. Er wünsche, daß die Statuten der Actiengesellschaften Allen leicht zugänglich gemacht werden, daß die Verantwortlichkeit der Emissionshäuser und Aufsichtsräthe besser fixirt werde und daß auch der Minorität der Actionäre gewisse Rechte eingeräumt werden, ferner strengere Bestrafung bei Uebertretungen. Staatssekretär v. Schelling ist darin mit dem Vorredner einverstanden, daß mehrere neuere Erscheinungen auf dem Gebiete des Actienwesens die Beschleunigung der Actiengesetzrevision dringend wünschenswerth erscheinen lassen. Die sachlichen Bemerkungen Sonnemann's würden in dem Entwurfe, der in nicht allzuferner Zeit seinem Abschlusse entgegengehe, Berücksichtigung finden. Abg. Lechelhäuser betont gleichfalls die Nothwendigkeit der Reform der Aktiengesetzgebung. Abg. Dr. Perrot: Die Form der Aktiengesellschaft sei (Redner weist dies ausführlich nach) eine durchaus fehlerhafte. Ein revidirtes Actiengesetz würde vielleicht nur dann wirksam sein, wenn der § 1 desselben etwa wie folgt lautet: In Zukunft dürfen neue Actiengesellschaften nicht gegründet werden. Die Corruption der Presse, welche dem Publikum Anweisung im Börsenspiel gebe, sei eine Folge des bestehenden Systems, das ganz Deutschland gefährde. (Bravo rechts.) Abg. Dr. Lasker: Perrot habe die Auflösung der Creditform der Actiengesellschaften empfohlen, ohne eine andere Creditform an deren Stelle zu setzen. Es müsse aber solche Formen geben, durch welche das kleinere Kapital zu größeren Zwecken nutzbar gemacht werden könne. Schultze-Delitzsch habe das große Verdienst, eine neue Kreditform gefunden zu haben, aber dieselbe eigne sich nicht für das Großkapital. Abg. Lohren: Schultze-Delitzsch gehöre leider zu der Partei, welche die höchste Form des genossenschaftlichen Weiens, die Innungen, mit frevelnder Hand zerstörte. Abgeordneter Patrissius hätte den Ordnungsruf erwartet, da eine Partei angegriffen werden. Präsident Ackermann: Da Abg. Lohren im Allgemeinen von einer Partei, nicht von einer Fraction des Hauses gesprochen, habe für den Präsidenten kein Anlaß zum Einschreiten vorgelegen. Abg. Dr. Hänel will aus Rücksicht für den Präsidenten nicht widersprechen, annehmen könne er diese Auffassung nicht. Auf eine Anfrage des Abgeordneten Eysoldt theilt Staats-Secretär Schelling mit, daß in den Verhandlungen über das Bürgerliche Gesetzbuch für das Reich das schwierigste Stadium überschritten sei. In 1 bis 2 Jahren werde die Gesammtberathung beendet sein können. Präsident Ackermann constatirt, daß Abg. Lohren nicht im Allgemeinen von einer, sondern von „der" Partei gesprochen; hätte er diesen Wortlaut vorher gekannt, so würde er den Ordnungsruf erlassen haben. Abg. Dr. Stephani bringt die Frage des Baues eines Reichsgerichtsgebäudes in Leipzig zur Sprache. Der jetzige vorläufige Zustand könne nicht dauern, ohne daß ernste Uebelstände eintreten. Auf die Dauer könne man den Mitgliedern des Reichsgerichts nicht die Benutzung der engen Interimsräume zumuthen. Staatssekretär Dr. v. Schelling: Die Geschäftsthätigkeit des Reichsgerichts befinde sich noch in einem Uebergange; man könne noch kein Urtheil über den definitiven Umfang der Geschäfte haben; man wisse noch nicht, ob das gegenwärtige Personal genüge. Die Reichsregierung werde zur gegebenen Zeit eine Vorlage machen. Abg. Kutschbach bittet um eine Erklärung darüber, ob die Absicht bestehe, das Reichsgericht zu verlegen? Staatssekretär v. Schelling: Die diesbezüglichen Gerüchte entbehrten der Begründung, im Bundesrathe werde keineswegs eine Abänderung des Sitzgesetzes beabsichtigt. Dr. Windthorst wünscht, daß schon im Frühjahr geeignete Vorschläge wegen Errichtung eines würdigen monumentalen Baues für das Reichsgericht gemacht werden. Wenn es sich um eine Kaserne handelte, dann würden wir die Vorlage längst haben. (Heiterkeit.) Er sei erfreut, daß es dem anderen Faktor der Gesetzgebung nicht einfalle, eine Sitzveränderung vorzunehmen; aber es gebe einflußreiche Männer, die bemüht seien, den anderen Factor auf andere Gedanken zu bringen. Staatssekretär Dr. v. Bötticher antwortet auf eine Anfrage Laskers, daß dem Reichstage noch vor Weihnachten eine Vorlage über den Neubau des Parlamentsgebäudes gemacht werden solle. (Beifall.) Abg. Dr. Windthorst wünscht, daß beide Neubauten zusammen in Angriff genommen werden. Abg. Stephani bittet den Staatssekretär im Justizamt, ebenso entschieden vorzugehen als der Staatssekretär des Innern bez. des Reichstagsneubaues. Beim Militäretat führt Abg. Kutschbach aus, daß die Bekanntmachung der Controleversammlungen der Reservisten und Landwehrleute in den Amtsblättern nicht genüge; er wünsche, daß die früher in Sachsen übliche Art, wonach die Ordres den Betreffenden in das Haus geschickt wurden, wieder in Sachsen eingeführt werde. Sächs. Militärbevollmächtigter Edler v. d. Planitz entgegnet, daß das jetzige Verfahren den bestehenden Instruktionen entspreche. Nächste Sitzung Montag.

Berliner Börse. Die Börse setzt das Schaukelsystem fort. Heute war die Hausse obenauf; freilich fehlte es nicht an Schwankungen. Die Liquidation in Paris hat sich glücklich abgewickelt und damit ist die wesentlichste Quelle der Befürchtungen der letzten Zeit beseitigt. Eisenbahnen waren wieder recht belebt. Franzosen wurden 6½, Lombarden 6 Mark besser. Banken sehr fest. Creditaktien waren 5 M., Disconto 2½, Deutsche Bank 3½ Proz. höher. Deutsche Fonds ohne Leben, fremde, einschließl. der russischen, besser gefragt. Bergwerke belebt u. höher. Auch Industrien zogen vielfach gut an.

Lokales und Sächsisches.

— Am 29. und 30. November wurden beim herrlichsten Wetter die von S. K. H. Prinz Georg angesetzten Hofjagden abgehalten, zu denen auch ein Theil der Landtagsabgeordneten geladen war. Se. Maj. der König und der hohe Jagdgeber trafen am ersten Tage früh 9 Uhr auf dem Bahnhof Prausitz ein, woselbst der Kaffee eingenommen ward. Der Rendezvousplatz war Kobeln und von dort aus begann die Jagd. Das Kgl. Jagdfrühstück wurde im Gasthof zu Handa eingenommen. Im Ganzen hat die Jagd 580 Hasen, 35 Fasanen und 10 Rebhühner als Beute ergeben.

— Dem kgl. sächs. Konsul in Stuttgart, Kommerzienrath von Pflaum ist der kgl. preußische Kronenorden verliehen worden.

— Der hiesigen Stadtbibliothek sind durch Vermächtniß des verstorbenen Bürgermeisters a. D. Neubert eine große Zahl juristischer und historischer Werke zugeführt worden. In sehr anerkennenswerther Weise hat sich Herr Buchhändler Emil Weise im „Gutenberg" bereit erklärt, von allen Verlagsartikeln seiner seit länger als 100 Jahren bestehenden Buchhandlung je ein Exemplar der Stadtbibliothek als Geschenk zu überweisen. Verdient sehr viel Nachahmung!

— Die in den Landorten aufgestellten Briefkasten sind mit einer Einrichtung versehen, welche eine Kontrole über die richtige und rechtzeitige Leerung der Briefkasten zuläßt, indem der Landbriefträger verpflichtet ist, bei jedesmaliger Leerung in eine an die Vorderseite angebrachte Oeffnung eine Platte einzuschieben, auf welcher der Tag und die Zeit der nächsten Leerung angegeben ist. Die Postbehörde ersucht die Behörden und das große Publikum freiwillig Kontrole auszuüben und etwaige Unregelmäßigkeiten der nächsten Postanstalt und im Wiederholungsfall der Ober-Postdirektion anzuzeigen.

— Es werden jetzt die Einkommendeklarationen versandt und es sei dabei dringend die Einhaltung der Einreichungsfrist anempfohlen, da bei Nichteinhaltung die Reklamationsfrist verloren ist. Die Einreichungsfrist kann übrigens verlängert werden. Jede Deklaration muß — wenn sie per Post an den Rath zurückgehen soll — einzeln gehen und auf der Adresse die Bemerkung tragen: „Einkommendeklaration des N. N., wohnhaft: Brandkat. Nr. . ., Abthlg. . . Die letztere Nummer muß genau dieselbe sein, welche das Deklarationsformular enthält.